

Die neue Ostpolitik

Ausgangslage und Entspannungspolitik

Zwischen USA/UK und UdSSR wird nach der Kubakrise von 1962 eine Entspannungspolitik nach außen gepflegt. Auch in Deutschland begann eine „Neue Ostpolitik“;

Schwierigkeiten bestanden weiterhin bezüglich der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, des Mauerbaus und der unterschiedlichen Bündniszugehörigkeit (NATO/Warschauer Pakt).

Belastend war sowohl die Kriegsschuld der Deutschen, aber auch die Vertreibung der Deutschen aus Tschechien und Polen.

Hallstein-Doktrin seit 1969: Alleinvertretungsanspruch der Deutschen durch BRD
„Diplomatische Beziehungen zur DDR sind ein Unfreundlicher Akt gg. die BRD“

„Wandel durch Annäherung“

Kanzler Willy Brandt und Außenminister Scheel schließen „Ostverträge“ mit UdSSR, Polen und Tschechien:

Moskauer Vertrag (1970)
+ **Friedliche Konfliktlösung**
+ **Anerkennung der Grenzen zur DDR und Polen**

Warschauer Vertrag (Dez. 1970)
+ **Oder-Neiße-Grenze anerkannt**
+ **keine Gebietsansprüche (--> Protest der ehemals im jetzigen Polen ansässigen Deutschen)**

Ostverträge sollen „auf einen Zustand des Friedens in Europa hinwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“ hinwirken (Staatssekretär im Außenministerium Egon Bahr im „Brief zur deutschen Einheit“ zum Grundlagenvertrag)

Der Grundlagenvertrag

Im Mai 1973 vom Bundestag ratifiziert; bereits am 21.12.1972 unterschrieben

Ausgangspunkte:
DDR: „Zwei souveräne Staaten“ <--> BRD: „Zwei Staaten, eine Nation“

Bestimmungen des Vertrags:

- Gegenseitige Anerkennung als **gleichberechtigte Staaten**
- „Gutnachbarliche Beziehungen“
- Aufgabe der Hallstein-Doktrin, **BRD und DDR vertreten jeweils nur sich selbst**
- **Zusammenarbeit** in praktischen und humanitären Fragen
- Kooperation in Wirtschaft, Wissenschaft, Technik, Verkehr, Rechtsverkehr, Post, Fernmeldewesen, Gesundheitswesen, Kultur, Sport, Umweltschutz

Verfassungsproblem: Teilung Deutschlands scheinbar zementiert
(in der Präambel = Vorwort des GG war das Ziel des einigen Deutschlands festgeschrieben)
aber vom Verfassungsgericht abgewiesen

Einrichtung von ständigen Vertretungen (keine Botschaften, da diese nur von fremden Ländern eingerichtet werden --> Zeichen der Einigkeit!)

Aufnahme beider Staaten in die Vereinten Nationen

Die Schlussakte von Helsinki

*Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), gebildet von allen Staaten, die Verantwortung in Europa trugen
Sowohl Mitglieder der NATO, als auch des Warschauer Pakts waren Teilnehmer*

KSZE dauerte von 1971 bis zur Unterzeichnung der „Schlussakte von Helsinki“ am 1. August 1975.

*Kein völkerrechtlich bindender Vertrag, aber Anstoß für freiheitliche Bewegungen
insbes. in den Ostblockstaaten
(z.B. Bürgerrechtsbewegung Charta 77 (Tschechoslowakei),
Freie Gewerkschaft und Oppositionsbewegung „Solidarnosc“ in Polen unter Anführung des
Elektrikers Lech Walesa)*

Die KSZE-Prinzipien (für Kurzarbeit nicht ausführlich zu wissen) wichtige Punkte **unterlegt**

- Souveräne Gleichheit, Achtung der **Souveränität** innewohnenden Rechte
- **Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt**
- **Unverletzlichkeit der Grenzen**
- Territoriale Integrität der Staaten
- Friedliche Regelung von Streitfällen
- **Nichteinmischung in innere Angelegenheiten**
- Achtung der **Menschenrechte und Grundfreiheiten**, einschließlich der Gedanken-,
Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit
- Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker
- Zusammenarbeit zwischen den Staaten
- Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen nach Treu und Glauben

- **Zusammenarbeit** in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Umwelt, Sicherheit
in Europa

- Grundsätze der Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen, Erleichterung von
menschlichen Kontakten über die Blockgrenzen hinweg, Informationsaustausch



**Die Solidarnosc (gegründet 1980,
gibt es heute immer noch)**

*Gegründet nach Streikbewegung in Danziger Werft
fordert politische und wirtschaftliche Reformen,
Meinungsfreiheit ohne Zensur
weniger Einfluss durch Sowjetunion
von katholischer Kirche unterstützt: Karol Wojtyla seit '78 Joh. Paul II*

*1981: Verbot der Solidarnosc infolge der Ausrufung des „Kriegszustandes in Polen“, Lech Walesa
verhaftet, verbleibt bis 1987 unter Hausarrest*